

Bundesgeschäftsstelle Dipl.-Päd. Sylvia Reinisch Geschäftsführerin Niddastraße 52 60329 Frankfurt/Main

Telefon (069) 77 60 06 Fax (069) 7 07 47 80 info@grundschulverband.de www.grundschulverband.de

Postbank Frankfurt/Main IBAN: DE26 5001 0060 0195 6716 05

BIC: PBNKDEFF

Grundschulverband · Niddastraße 52 · 60329 Frankfurt/Main

Resolution zum Umgang mit den aktuellen Herausforderungen für die Grundschule durch Flucht- und Migrationsbewegungen,

Flüchtlingskinder - Wir sind verantwortlich und solidarisch

In jeder Minute muss ein Kind mit seinen Eltern oder allein die Flucht ergreifen, stellt das UN-Flüchtlings-hilfswerk (UNHCR) fest. Weltweit sind derzeit an die 60 Millionen Menschen auf der Flucht, mehr als die Hälfte davon sind Kinder. Politische Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg, Umweltkatastrophen oder extreme Armut sind einige der Gründe für die Flucht. Flüchtende Menschen suchen Sicherheit für sich und vor allem auch für ihre Kinder, ein Leben in Frieden und eine Aussicht auf Nahrung und Wohnung, Bildung und Arbeit. Diese Menschen benötigen in jedem Land, in dem sie Zuflucht suchen, dringend Hilfe, Unterstützung und Solidarität.

Der Grundschulverband verurteilt alle Maßnahmen, die die menschliche Würde, die Menschenrechte oder die körperliche Unversehrtheit von Menschen auf der Flucht gefährden.

Flüchtlinge stehen vor existentiellen Herausforderungen. Der Umgang von Menschen in Politik, Verwaltungen und Bildungseinrichtungen mit diesen Hilfesuchenden ist ein Gradmesser für eine inklusive Gesellschaft. Diesem Anspruch müssen sich auch alle Bildungseinrichtungen stellen, denn es kommen mehr Vielfalt und mehr Unwägbarkeiten auf sie zu.

Willkommenskultur ist eine Haltung, die alle MitarbeiterInnen und Eltern der Schule einschließt und einbezieht. Auch die Grundschulen in Deutschland müssen und wollen handeln, um das Recht der Kinder auf Bildung zu realisieren. Pädagoginnen und Pädagogen brauchen dafür Zeit und konkrete Unterstützung.

Der Grundschulverband fordert:

- Die Aufnahmeeinrichtungen und Zentren für die Prüfung von Asylansprüchen müssen mit qualifizierten Beschäftigten besetzt werden. Schulen brauchen in diesen Einrichtungen verlässliche Ansprechpartner.
- Die Kommunen sind gefordert, für eine gleichmäßige Verteilung dieser Kinder innerhalb ihres Gebietes zu sorgen, um die Konzentration auf einzelne Bildungseinrichtungen zu vermeiden.

Seite 1 von 2



- Schulen brauchen zudem geschultes Personal, das auf die besonderen Bedürfnisse der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien eingehen kann: PsychologInnen, Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache, SozialarbeiterInnen, ErzieherInnen, DolmetscherInnen.
- Besonderer Fürsorge und Unterstützung bedürfen kranke Flüchtlingskinder und Kinder mit Beeinträchtigungen.
- Um den Flüchtlingskindern in unseren Schulen gerecht werden zu können, brauchen die Pädagoginnen und Pädagogen dringend objektive und verlässliche Informationen, Materialien und Fortbildungen über die Kulturen und Lebenslagen der Kinder und ihrer Familien sowie zu Sprachbildungskonzepten.
- Neben diesen Sofortmaßnahmen braucht es Konzepte in der Lehrerausbildung für die Integration dieser Kinder und ihrer Familien. Jede Ausbildungsphase muss das Lernen mit Flüchtlingskindern unbedingt berücksichtigen.
- Auf der Grundlage der gegenwärtig stetig steigenden Zahlen ist es nötig, die Zuweisung von Stellen und Schulraum regelmäßig zeitnah zu aktualisieren.

Beschluss der Delegiertenversammlung des Grundschulverbandes e.V., Göttingen, 28.11.2015

V.i.S.d.P. Sylvia Reinisch